



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 12.03.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD

Frau Petra Hartig
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Martin Köhler
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Susanne Middendorf
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Reiner Steffen
Herr Ralf Tost
Herr Christoph Watolla

Personalrat

Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Gäste

Herr Schneider, Kreis Unna

Entschuldigt fehlten

Herr Ralf Langner
Frau Heike Schaumann

Die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, Herrn Schneider vom Kreis Unna und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 3 – 6 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums	001/2019
3	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Überplanmäßige Mehrausgabe für die Abführung von Notarztgebühren an den Kreis Unna	017/2019
4	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Überplanmäßige investive Mehrausgabe im Produkt 42.01.01 Jahnstadion (Laufbahn und Nebenanlagen)	028/2019
5	Überplanmäßige Ausgabe bei der Buchungsstelle 36.02.01/0536.783100 Bürgerhaus Methler – Sanierung –	030/2019
6	Ausbau der Kindertagesbetreuung in der Ev. Kita „Unter dem Regenbogen“ Fliednerstraße 3, 59174 Kamen – Patronatserklärung	023/2019
7	Abfallwirtschaftskonzept 2018	003/2019
8	Finanzbericht	
9	Brandschutzbericht	
10	Umbenennung der Fritz-Haber-Straße hier: Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW	004/2019
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.
001/2019

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums

Beschluss:

Zur Teilnahme an den mündlichen Abiturprüfungen 2019 werden folgende VertreterInnen benannt:

Gesamtschule	Herr Heidenreich
Städt. Gymnasium	Herr Kemna

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
017/2019

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Überplanmäßige Mehrausgabe für die Abführung von Notarztgebühren an den Kreis Unna

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.
028/2019

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Überplanmäßige investive Mehrausgabe im Produkt 42.01.01 Jahnstadion (Laufbahn und Nebenanlagen)

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.
030/2019

Überplanmäßige Ausgabe bei der Buchungsstelle 36.02.01/0536.783100 Bürgerhaus Methler – Sanierung –

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.
023/2019

Ausbau der Kindertagesbetreuung in der Ev. Kita „Unter dem Regenbogen“ Fliednerstraße 3, 59174 Kamen – Patronatserklärung

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 7.
003/2019

Abfallwirtschaftskonzept 2018

Nach einer kurzen Einleitung durch die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, referierte Herr **Schneider** vom Kreis Unna anhand einer Präsentation (siehe Anlage) ausführlich zum vorgelegten Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes.

Neben der Nennung der Rechtsgrundlagen stellte er die Schwerpunkte des Abfallwirtschaftskonzeptes dar. Insbesondere ging er auf die Entwicklung im Bereich der Sperrmüllsammlung ein und erläuterte die kommunalen Unterschiede in der Gebührengestaltung.

Er gab eine Gesamtübersicht über die kommunal erfassten Abfall- und Wertstoffmengen für die Jahre 2013 bis 2017 und eine Prognose für die Jahre 2022 und 2027 ab.

Herr Schneider zeigte die Entsorgungswege und Mengen für das Jahr 2027 auf.

Zudem ging er auf die Verwertung von Bioabfällen und Grünschnitt sowie den Bereich der Papierverwertung ein.

Zur Sperrmüllsammlung erkundigte sich Herr **Kasperidus** nach den Gründen für den angestrebten Ausbau der kommunalen Sperrmüll-Straßensammlung und den Gründen für den Anstieg der Sperrmüllmengen. Zudem fragte er nach der Arbeit der Wertstoffsortieranlage in Bönen.

Herr **Schneider** wies auf einen Sprung in der Erfassung der Sperrmüllmengen hin und begründete diesen. Er erläuterte die gestiegene Nutzung der Wertstoffhöfe und zeigte auf, dass die teilweise genutzte Containerlösung, wie in Kamen, die Attraktivität steigern. Hinter dem Ziel, die kommunale Sperrmüllsammlung im Bereich des Holservices auszubauen, stehe mit Blick auf die demografische Entwicklung der Ausbau des Services für die Bürger im Vordergrund. Zusätzlich könne die Vergleichbarkeit innerhalb der kreisangehörigen Kommunen verbessert werden. Dass die bislang gewerblich entsorgten Sperrmüllmengen kommunaler Haushalte durch den Ausbau des Services in die kommunale Sperrmüllsammlung zurückgeführt werden könnten, diene den wirtschaftlichen Interessen.

Zur Arbeit der Wertstoffsortieranlage in Bönen erläuterte er die Arbeit und die Vorteile der Sortierung, die zu einer besseren und günstigeren Verwertung führe.

Herr **Heidler** dankte Herr Schneider für den aufschlussreichen Vortrag. Er fragte nach den Vorteilen der Kooperation mit der Firma Remondis und nach den Ausführungen zur Eigenkompostierung von Bioabfällen.

Man wisse, so Herr **Schneider**, dass bei der Eigenkompostierung nicht alles kompostiert werde, was möglich sei. Häufig würden nur die Garten- aber nicht die Haushaltsabfälle kompostiert. Hier gebe es weiteres Potential, die Mengen durch eine zusätzliche Biotonne, die den Haushalten durch

eine Finanzierung über die Restmüllgebühren kostenfrei zur Verfügung gestellt würde, zu erhöhen.

Durch die Kooperation mit Remondis sei es möglich, das doppelte Volumen zu verwerten und damit kostengünstiger zu arbeiten.

Herr **Eisenhardt** dankte für den ausführlichen Vortrag. Wünschenswert seien die kreisweite Nutzung der Wertstoffhöfe sowie die kreisweite Harmonisierung der Gebührenstruktur.

Herr **Schneider** zeigte die Entwicklung der Wertstoffhöfe auf und ging dabei auf die unterschiedlichen Strukturen ein.

Die **Bürgermeisterin** wies auf die unterschiedlichen Interessenslagen hin. Neben den Interessen der Bürger stünden die Finanzinteressen der Kommune sowie die Ordnungsfunktion.

Herr **Tost** wies auf die Platzproblematik bezogen auf die Unterbringung einer weiteren Tonne hin.

Er erläuterte die Kamener Gebührenstruktur der Sperrmüllsammlung und wies kritisch darauf hin, dass die Harmonisierung der Sperrmüllsammlung an der Kreisgrenze ende.

Auf die Frage von Herrn **Kasperidus** zur Erreichung des Verwertungszieles von 65 %, erläuterte Herr **Schneider**, dass von den 55.000 t/a Restmüll, der die Beseitigung erreiche, ein 2/3 - Anteil der Verwertungsstruktur zugeführt werden könne. Das Ziel, Abfall zu vermeiden, sei schwer erreichbar, was mit der heutigen Konsumorientierung und den kürzeren Lebenszyklen von Gütern erklärt werden könne. Zukünftig müssten Modelle, die eine Rücknahmeverpflichtung für Produzenten vorsehen würden, diskutiert werden.

Die gestiegene Verwertung bewertete Herr **Grosch** positiv. Der Weg der Abfallvermeidung sei jedoch sinnvoller, hierfür halte er die Schaffung politischer Rahmenbedingungen für notwendig.

Mehr Verwertung bedeute auch mehr thermische Verwertung und damit die Entstehung von CO₂.

Er wünsche sich die Einführung einer Rücknahmeverpflichtung für die Produzenten.

Herr **Stalz** dankte Herr Schneider für den transparenten Bericht. Er fragte, warum die Anlage in Lünen nicht Volllast gefahren werde und nach der Höhe des Einspeisevergütungssatzes.

Zur Frage nach der Vergärungsanlage in Lünen verwies Herr **Schneider** auf die vertraglichen Regelungen.

Der Einspeisevergütungssatz werde mit dem Protokoll nachgeliefert.

Mitteilung der Verwaltung:

Laut Auskunft der GWA-Kreis Unna mbH kalkuliert die Gesellschaft mit einer Vergütung i.H.v. 0,14 Euro/KWh.

Beschluss:

Dem Abfallwirtschaftskonzept 2018 des Kreises Unna wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Finanzbericht

Der Kämmerer, Herr **Tost**, wies zu Beginn daraufhin, dass der Jahresabschluss für das Jahr 2018 in der nächsten Sitzung vorgelegt werde. Zum Teil fehlten zum jetzigen Zeitpunkt noch die endgültigen Zahlen. Er gab einen Überblick über die Erträge und den Aufwand für das Haushaltsjahr 2018 nach aktuellem Stand.

	Geplant	Ist
Erträge		
Gewerbesteuer	15.000.000 Euro	16.241.930 Euro
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	18.912.700 Euro	19.083.400 Euro
Verwaltungsgebühren	825.170 Euro	1.502.692 Euro
Benutzungsgebühren	14.015.100 Euro	14.511.250 Euro
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.987.370 Euro	3.643.948 Euro
Zuwendungen und allg. Umlagen	45.213.164 Euro	43.423.109 Euro
Aufwand		
Transferaufwendungen	57.285.097 Euro	58.090.032 Euro

Er erläuterte und begründete die Abweichungen.

Zudem berichtete Herr Tost von der Genehmigung des Haushaltes 2019 durch den Kreis und zitierte dabei einige Passagen des Genehmigungsschreibens. Unter anderem, dass die Haushaltsplanung auf einer sehr soliden Basis vorgenommen worden sei.

Wie jedes Jahr enthalte die Genehmigung auch Auflagen bezogen auf die Umsetzung der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes, der Verwendung von Mehrerträgen und Minderaufwendungen sowie dem Erfordernis eines Nachtragshaushaltes und eines Nachtragshaushaltssicherungskonzeptes bei einer sich abzeichnenden negativen Abweichung des geplanten Jahresdefizites von mehr als 2,5 Mio. Euro.

Zu TOP 9.

Brandschutzbericht

Frau **Peppmeier** berichtete zum Umsetzungsstand von Maßnahmen des Brandschutzbedarfsplanes. Zum einen sei zur Verbesserung des Erreichungsgrades des Schutzzieles 1 die Aufstockung der hauptamtlichen Besetzung der Wache Mersch an 7 Tagen die Woche – 24 Stunden auf Staffelnstärke im Stellenplan 2019 durch die dazu erforderlichen 7 Mehrstellen ausgewiesen. Dazu würden zum 01.04.2019 5 Brandmeisteranwärter ihre Ausbildung beginnen.

Daneben solle die Einführung des Rendezvousverfahren für eine schnellere Zusammenführung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Einsatzkräfte in Kamen-Heeren sorgen. Für die Anschaffung eines dafür notwendigen Gebrauchtfahrzeuges seien im Haushalt 2019 30.000 Euro bereitgestellt.

Da der Standort der Hauptwache mittlerweile mit seinen räumlichen Möglichkeiten in vielen Bereichen an die Kapazitätsgrenzen stoße, sei geplant, eine Machbarkeitsstudie für den Bau einer neuen Rettungswache in Auftrag zu geben. Die Planungskosten hierfür seien bereits im Haushalt veranschlagt. Ergebnisse würden in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vorgestellt. Die Refinanzierung sei mit den Krankenkassen zu verhandeln.

Sie gab einen Überblick zu den einzelnen Investitionsmaßnahmen der Löschzüge der Stadtteile die für 2019 und darüber hinaus geplant seien. Die Investitionshöhe liege insgesamt bei 1,6 Mio. Euro.

Herr **Balkenhoff** stellte ausführlich die Strukturen der Kamener Feuerwehr anhand einer Präsentation (siehe Anlage) dar. Er ging dabei auf die Löschzüge aller Stadtteile ein, zeigte und erläuterte die räumlichen Gegebenheiten und Besonderheiten. Danach gab er einen Überblick über die Mitgliederzahlen für die Jahre 2016 bis 2018 sowie über den aktuellen Ausbildungsstand. Herr Balkenhoff stellte detailliert die Einsatzstatistiken der Feuerwehr und des Rettungsdienstes für das Jahr 2018 dar und gab erläuternde Hinweise.

Nach einer Definition der Schutzziele erklärte er mit einem Schaubild die Zeitachse, die der nachfolgenden Analyse zu Grunde liege. Im Anschluss stellte Herr Balkenhoff die Ermittlung der Erreichungsgrade der Schutzziele 1 und 2 getrennt nach den Löschzüge 1, 2 und 3 für die Jahre 2017 und 2018 dar und erläuterte diese.

Herr Lipinski und Frau Klanke verließen um 18.45 Uhr die Sitzung und nahmen an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht mehr teil.

Frau **Bürgermeisterin Kappen** dankte Herrn Balkenhoff und sprach in Rückblick auf das Jahr 2018 allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Feuerwehrmännern und -frauen ihren Dank für ihren Einsatz mit Leib und Leben aus. Sie erinnerte insbesondere an den Großbrand der GWA-Anlage in Bönen und den Brand im Küchentrakt des Pertheszentrums.

Der Großbrand in Bönen sei zum Anlass genommen worden, so Herr **Balkenhoff**, die Einsatzleitung kreisweit zu überplanen.

Zur Anfrage der CDU-Fraktion zählte Frau **Peppmeier** zu den Punkten 1 – 3 die Maßnahmen für die Wachen in Methler und Wasserkurl auf und gab Informationen zum Planungs- und Umsetzungsstand. Insgesamt seien in 2019 investive Mittel i.H.v. 150.000 Euro veranschlagt.

An der Überwachung der Baumaßnahmen seien der Finanzbereich, die Feuerwehr, die Löschgruppenführer sowie der Fachbereich Servicebetriebe beteiligt.

Fehlplanungen habe es nicht gegeben. Wenn es organisatorische Probleme gegeben habe, sei gemeinsam in konstruktiver Zusammenarbeit aller Beteiligten nach Lösungen gesucht worden.

Herr **Heidler** dankte der Feuerwehr für das Engagement und die Zuverlässigkeit. Zur Anfrage der CDU-Fraktion gab er zu bedenken, dass bereits seit Jahren laufend in diesem Bereich investiert werde. Er lobte die dezentrale Struktur, die zur Erreichung der Schutzziele beitrage.

Seine Fraktion beantrage zu dem Tagesordnungspunkt über zwei Prüfaufträge abzustimmen. Zum einen soll die Möglichkeit geprüft werden, am Tag des Ehrenamtes die Kamener Betriebe zu ehren, die durch die Freistellung der ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen die Arbeit der Feuerwehr unterstützen. Der zweite Prüfauftrag beziehe sich auf die Wache in Heeren-Werve, speziell auf die beengte Situation in den Umkleiden und der schwierigen Parkplatzsituation. Hier solle eine kurz- bzw. mittelfristige Abhilfe geprüft werden.

Herr **Fuhrmann** dankte Herrn Balkenhoff für den Vortrag. Er erläuterte die Beweggründe für die Anfrage der CDU-Fraktion. Insbesondere hätten die Arbeiten an der Wache in Methler lange gedauert, viele Arbeiten seien dort durch Eigenleistung der Feuerwehr erbracht worden. Die Frage nach der Fehlplanung sei bei der Betrachtung des knapp bemessenen Grundrisses der neuen Halle der Feuerwehr in Wasserkurl aufgekommen.

Bezogen auf die Wache in Methler habe er aus Gesprächen mitgenommen, dass Unzufriedenheit mit dem Boden in der neuen Halle herrsche, da dieser schwierig sauber zu halten sei. Zudem bestünde der Wunsch, die Wiese vor der Wache mit Rasensteinen zu versehen.

Er kritisierte, dass sich der Straßenbaulastträger für die Beseitigung von Ölspuren der Feuerwehr bediene.

Zur Hauptwache im Mersch fragte er, ob ein Neubau bereits etatisiert sei.

Auf die Frage von Herr Fuhrmann, ob Kamen mit Blick auf ein entsprechendes Förderprogramm im gesamten Stadtgebiet mit der Sirenenausstattung fertig sei, antwortete Herr **Balkenhoff**, dass nur noch 1 Sirene im Bereich der Zollpost fehle. Dies stehe im Zusammenhang mit der dort noch laufenden Baumaßnahme. Die Förderung sei voll ausgenutzt worden.

Frau **Kappen** wies daraufhin, dass für die Problematik der Ölspurbeseitigung zurzeit auf Kreisebene eine Lösung gesucht werde.

Bezogen auf den Bodenbelag bei der neuen Halle der Wache in Methler wies Herr **Steffen** auf die einzuhaltenden Richtlinien hin, die eine extreme Rutschfestigkeit verlangten. Es sei schwierig, hier alle Interessen zu berücksichtigen. Die Frage des Bodenbelages sei lange diskutiert worden. Er wies daraufhin, dass die Erneuerung des Bodens sehr kostenintensiv sein würde.

Bezüglich der Anfrage zu den Rasengittersteinen zeigte er sich verwundert, da in der Vergangenheit eine Kostenübernahme der Materialkosten durch die Stadt bereits zugesagt worden sei.

Frau **Peppmeier** begründete die lange Dauer der Baumaßnahme der Wache in Methler damit, dass während der unterschiedlichen Bauabschnitte immer auch die Einsatzfähigkeit gewährleistet worden sei. Zudem habe

in den Jahren 2014 und 2015 die Unterbringung von Flüchtlinge Priorität gehabt und gewisse Kapazitäten gebunden, die zu Verzögerung bei der Fertigstellung geführt hätten.

Herr **Eisenhardt** dankte Herrn Balkenhoff für den Vortrag und die umfassende Darstellung. Er nahm zu den Sachanträgen der SPD-Fraktion Stellung. Die Freistellung der ehrenamtlichen Kräfte sei wichtig, weshalb er die Idee zur Ehrung der Betriebe, die eine Freistellung ermöglichen, unterstütze. Die Prüfung einer Erweiterung der Wache in Heeren-Werve finde ebenfalls seine Zustimmung. Allerdings sei es fraglich, ob die Wache mit Blick auf die nächsten 10 bis 15 Jahre grundsätzlich an die Kapazitätsgrenzen stoße und daher eine langfristige Lösung zu suchen sei.

Herr **Heidler** entgegnete, dass zunächst der Brandschutzbedarfsplan bis zum Jahr 2023 aufgestellt sei und hier zunächst der Fokus liege. Daher sei die Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen zu prüfen. Es halte es für schwierig, eine Prognose für die Situation nach 2023 abzugeben.

Herr **Stalz** dankte ebenfalls Herrn Balkenhoff für den anschaulichen Vortrag. Er zeigte sich erstaunt über die Vielzahl der Einsätze und die vielfältige Arbeit der Feuerwehr. Er bat Herrn Balkenhoff, das Lob an seine Kollegen der Feuerwehr weiterzugeben.

Bezogen auf die Brände zum Jahresende, erkundigte er sich, ob die Zahl der Brandstiftungen bekannt sei. Er fragte, ob Herr Balkenhoff nähere Angaben zu den 155 Bränden/ Explosionen machen könne und ob in Kamen auch persönliche Angriffe auf Rettungskräfte vorkommen würde.

Zu den persönlichen Angriffen führte Herr **Balkenhoff** aus, dass in 2018 keine verzeichnet worden seien. In 2016 habe es einen Angriff auf eine Kollegin gegeben. Solche Übergriffe habe es insbesondere unter Alkohol- und Drogeneinfluss schon immer gegeben. Allerdings sei eine zunehmende Respektlosigkeit gegenüber den Rettungskräften zu beobachten. Eine Statistik mit detaillierten Information zu den Bränden/ Explosionen gebe es nicht. Bei den PKW-Bränden zum Jahreswechsel handele es sich wahrscheinlich um Brandstiftungen. Genauere Zahlen zu den Brandstiftungen werden mit dem Protokoll nachgereicht.

Nachtrag der Verwaltung:

Laut Information der hiesigen Polizei wurden im Jahr 2018 insgesamt 53 Straftaten in den Deliktbereichen „Brandstiftung“ und „Sachbeschädigung durch Feuer“ registriert, die sich wie folgt aufgliedern:

<i>vorsätzliche Brandstiftung</i>	<i>13</i>
<i>fahrlässige Brandstiftung</i>	<i>1</i>
<i>Sachbeschädigung durch Feuer auf Straßen, Wegen oder Plätzen</i>	<i>32</i>
<i>Sonstige Sachbeschädigung durch Feuer</i>	<i>7</i>

Frau **Dörlemann** hob die Wichtigkeit des Themas hervor, weshalb die gute und umfassende Information der Politik ebenso wichtig sei.

Sachanträge SPD-Fraktion

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, die Arbeitgeber, die eine Freistellung der ehrenamtlich tätigen Feuerwehrmänner und -frauen ermöglichen, am Tag des Ehrenamtes zu ehren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt für die Wache in Heeren-Werve zu prüfen, ob kurzfristig bzw. mittelfristig bei der beengten Situation der Umkleiden sowie der Parkplatzsituation Abhilfe geschaffen werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
004/2019

Umbenennung der Fritz-Haber-Straße
hier: Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW

Beschluss:

Die Bürgeranregung zur Umbenennung der Fritz-Haber-Straße wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Rat der Stadt Kamen verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Die **Bürgermeisterin** teilte mit, dass Frau Middendorf und Herr Wiedemann vom 09. bis 11.02.2019 an einem Arbeitsgespräch in Montreuil teilgenommen haben.

Anfragen

Herr **Stalz** bezog sich auf das Konzept des RVR, welches die Wahlbeteiligung bei der anstehenden Europawahl steigern solle und fragte nach der Umsetzung in Kamen.

Frau **Peppmeier** verwies auf das Aktionskonzept Europa (siehe Anlage), das in Kamen mit vielfältigen Veranstaltungen umgesetzt werde.

Zum bevorstehenden Baubeginn für den Ortskern Heeren stellte Herr **Eisenhardt** die Frage, ob die Maßnahme KAG-pflichtig sei. Diese Frage sei bislang noch nicht beantwortet worden sei. Er fragte, wann eine Information der betroffenen Bürger geplant sei.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass die KAG-Pflicht zurzeit noch geprüft werde.

Auf die Kritik von Herrn **Eisenhardt**, dass es zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Information der Bürger gegeben habe, erwiderte Herr **Dr. Liedtke**, dass eine mögliche KAG-Pflicht schon einmal thematisiert worden sei. Auch mit Blick auf die eingesetzten Fördermittel sei eine KAG-Pflicht der Maßnahme gründlich zu prüfen.

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer